

Operation ohne Mandat

Die Fregatte »Bayern« kreuzt derzeit im Ostchinesischen Meer und beteiligt sich an Provokationen gegen China. Der Bundestag wurde dazu gar nicht erst befragt

Jörg Kronauer

Von wegen »Übungstrip«: Seit dem 13. November ist die Fregatte »Bayern« auf ihrer Asien-Pazifik-Fahrt in einem regulären Einsatz. Im Ostchinesischen Meer beteiligt sie sich an der Überwachung des UN-Embargos gegen Nordkorea, indem sie, so schreibt es das Auswärtige Amt, »Belege für illegale Schiffsumladungen auf hoher See sowie zu den dahinterstehenden Netzwerken« sammelt. Denn Nordkorea, das unter anderem nur begrenzte Mengen an Erdöl und -gas kaufen und keine Kohle exportieren darf, sucht Mangel und Armut zu lindern, indem es den Handel heimlich auf hoher See abwickelt. Derlei Aktivitäten soll die Fregatte »Bayern« bis zum 14. Dezember aufspüren und melden. Ein politisch nicht ganz unbedeutender Einsatz, sollte man meinen – und auch das Auswärtige Amt protzt voller Stolz: »Deutschland leistet so einen wichtigen Beitrag zu den Anstrengungen gegen die Proliferation von Nuklearwaffen.« Merkwürdig nur, dass die Bundesregierung die »wichtige« Operation am Bundestag vorbei beschlossen hat: Ein Mandat des Parlamentes, hatte das Verteidigungsministerium vorab erklärt, sei »für Präsenz- und Ausbildungsfahrten (...) nicht erforderlich«. Die Fregatte »Bayern« operiert also ohne die Zustimmung der Abgeordneten in Ostasien.

Die Beteiligung an der Überwachung des Embargos zeigt recht deutlich, welchem Zweck die Fahrt der »Bayern« dient. Die Überwachungsmaßnahmen werden seit 2018 von den Vereinigten Staaten organisiert, die dazu eine kleine »Koalition der Willigen« geschmiedet haben. Den Kern bildet der Spionagepakt »Five Eyes« (USA, Kanada, Großbritannien, Australien, Neuseeland), dem sich Japan, Südkorea und Frankreich – dank seiner Kolonien bis heute eine »pazifische Macht« – angeschlossen haben. Gesteuert werden ihre Aktivitäten von einer Enforcement Coordination Cell, die eigens auf der USS »Blue Ridge« eingerichtet wurde, einem Kommandoschiff für amphibische Kriegführung; es gehört zur Seventh Fleet, die ihr Hauptquartier in Yokosuka südlich von Tokio unterhält. In Yokosuka wiederum hat die Fregatte »Bayern« vor ihrem Nordkorea-Einsatz geankert; ein Austausch mit den US-Militärs dort stand auf dem Programm. Aktuell sind zwei deutsche Verbindungsoffiziere in der Enforcement Coordination Cell tätig. Aus US-Militärkreisen heißt es, die Zelle könne als eine Art Kern für einen »kooperativen Ansatz« der US-Marineaktivitäten in Ostasien dienen. Es geht also um den Aufbau operativer Strukturen an der Seite der USA.

Zu diesem Zweck nimmt die »Bayern« laut einem Bericht des U. S. Naval Institute an einem Manöver teil, das die Marinen der Vereinigten Staaten und Japans seit dem 21. und noch bis zum 30. November gemeinsam in den Gewässern um Japan abhalten – mit insgesamt 20 japanischen und zehn US-amerikanischen Kriegsschiffen sowie 40 Flugzeugen und Helikoptern der japanischen Streitkräfte; außerdem sind zwei australische Kriegsschiffe mit dabei. In einen Teil des Manövers wird die »Bayern« eingebunden, in einen zweiten die kanadische Fregatte »Winnipeg«, die ebenfalls an der Überwachung des Embargos gegen Nordkorea teilgenommen hat. Die »Winnipeg« hatte kurz zuvor, an der Seite eines US-Zerstörers, die Taiwanstraße passiert. Diese Form klassischer Kanonenbootpolitik hat sich in jüngster Zeit zur Lieblingsprovokation der westlichen Mächte entwickelt: Ende September schickte Großbritannien die Fregatte »Richmond« in die Taiwanstraße; im Oktober bestätigte Frankreich, sein Spionageschiff »Dupuy-de-Lôme« habe jüngst dort operiert. Laut offiziellen Angaben wird die »Bayern« auf ihrer Rückreise das Südchinesische Meer durchfahren, aber nicht die Taiwanstraße. Allerdings wurden die offiziellen Pläne auf der Fahrt des Kriegsschiffs auch schon mal modifiziert.

Und selbst wenn die »Bayern« diesmal der Taiwanstraße fernbleibt: Es wird nicht die letzte Gelegenheit sein, dort mit zu provozieren. Wie Bundeswehr-Generalinspekteur Eberhard Zorn vor rund zwei Wochen in Tokio mitteilte, ist die nächste Fahrt eines deutschen Kriegsschiffs in die Asien-Pazifik-Region schon für 2023 geplant. Im kommenden Jahr wird sich statt der Marine die Luftwaffe in die Region begeben; sie soll, wie der Inspekteur der Luftwaffe, Ingo Gerhartz, vor kurzem bestätigte, unter anderem an dem Manöver »Pitch Black« in Australien teilnehmen. »Pitch Black« hielt die australische Luftwaffe erstmals in den 1980er Jahren ab; seit Beginn der 1990er Jahre bindet sie gezielt Luftstreitkräfte anderer Staaten ein, zunächst diejenigen Singapurs, dann unter anderem diejenigen Kanadas, Großbritanniens und Frankreichs, zudem weiterer Staaten Südostasiens – Thailand, Malaysia, Indonesien – und selbstverständlich die der USA. 2018 nahm zum ersten Mal die Luftwaffe Indiens teil; 2020 musste die Übung pandemiebedingt ausfallen. »Pitch Black 2022« ist für den 5. bis 23. September angekündigt – wie gewöhnlich weit im Norden Australiens, also in dem Teil des Landes, der China am nächsten liegt. Die Luftwaffe will sechs »Eurofighter«, vier Transportflugzeuge A400M und drei Tankflugzeuge A330 entsenden. Und wenn man schon mal die weite Reise macht: Es sind noch weitere gemeinsame Übungen mit anderen Luftstreitkräften angedacht, etwa mit denjenigen Japans und Singapurs.

Revisionismus: Gedenken an 1942

Geschichtsvergessenheit kann der Bundeswehr nun wirklich niemand vorwerfen. Nicht nur einige Besatzungsmitglieder der Fregatte »Bayern«, auch Marineinspekteur Kay-Achim Schönbach und Bundeswehr-Generalinspekteur Eberhard Zorn nahmen an der Seite des deutschen Botschafters in Japan, Clemens von Goetze, am 6. November an einer Gedenkzeremonie auf dem Friedhof von Yokohama teil. Die Veranstaltung, die jedes Jahr durchgeführt wird, erinnerte an die Opfer einer Explosion im Hafen von Yokohama, bei der mehr als 100 Menschen ums Leben kamen; der Gedenkstein auf dem Friedhof weist 71 deutsche Opfer aus. Man habe »gemeinsam mit unseren japanischen Freunden & Zeitzeugen den (sic!) japanischen und deutschen Opfern dieses Unglücks gedacht«, teilte Zorn auf Twitter nach der Kranzniederlegung mit: »Dafür mein herzlicher Dank!«

Die deutschen Opfer, derer die Bundeswehr-Militärs sowie einige »Zeitzeugen« gedachten, waren Soldaten und Offiziere der Wehrmacht. Die Explosion, die sie tötete, hatte sich am 30. November 1942 auf dem deutschen Trossschiff »Uckermark« ereignet, das damals gerade mit einer Ladung Flugbenzin aus Indonesien in Yokohama eingetroffen war. Die »Uckermark«, 1938 in Dienst gestellt, hatte im Zweiten Weltkrieg zunächst als Versorgungsschiff für mehrere Panzer- und Schlachtschiffe der deutschen Kriegsmarine gedient, bevor sie nach Asien entsandt wurde. Die Explosion zerstörte drei weitere Schiffe, darunter den deutschen Hilfskreuzer »Thor«. Der wiederum hatte bis dahin zahlreiche feindliche Frachter aufgebracht – zumeist britische – und sie anschließend gewöhnlich versenkt; seit dem Frühjahr 1942 hatte er das im Indischen Ozean getan. Der Schaden für die Alliierten war groß.

Die Explosion auf der »Uckermark« tötete neben den deutschen Militärs unter anderem auch 36 chinesische Arbeiter, möglicherweise Zwangsarbeiter, die nach Japan verschleppt worden waren. Ihrer gedachte die deutsche Erinnerungsdelegation unter Botschafter Goetze und Generalinspekteur Zorn nicht. (jK)

<https://www.jungewelt.de/artikel/415094.kanonbootpolitik-operation-ohne-mandat.html>